

Öffentliche Anhörung zum Thema „Internationale Digitalpolitik“ am Mittwoch, 18. Oktober 2023,
14:30 –16:30 Uhr

Beitrag von Berhan Taye -(berhan@berhantaye.com)

Einleitung

Ich danke dem Ausschuss für Digitales des Deutschen Bundestages für die Möglichkeit, einen Beitrag zur Frage der Entwicklung einer internationalen Digitalpolitik zu leisten. Im folgenden Abschnitt gebe ich Antworten auf ausgewählte Fragen, die mit meiner Forschung und Expertise in den Bereichen Technologie und sozialer Gerechtigkeit zusammenhängen.

Antworten auf ausgewählte Fragen:

1. Worauf sollte der Fokus einer deutschen Strategie für internationale Digitalpolitik liegen und wie können Deutschland und Europa hier besser aufgestellt werden?

Deutschlands Strategie für die internationale Digitalpolitik sollte **ganzheitlich und kollaborativ** sein. Da Deutschland am Anfang der Entwicklung einer internationalen Digitalpolitik steht, sollte diese Politik **danach streben, ein faires und gleichberechtigtes digitales Ökosystem aufzubauen, das einen Beitrag zu einer regenerativen Wirtschaft und Kreislaufwirtschaft leisten will**. Im digitalen Zeitalter, in dem wir als Menschen miteinander verbunden sind, sollten die Fragen, mit denen sich die deutsche Digitalpolitik befasst, ganzheitlich sein. Der Versuch Deutschlands, eine Digitalpolitik zu entwickeln, sollte neben bürgerlichen und politischen Rechten auch die Auswirkungen des digitalen Ökosystems auf die sozioökonomischen Rechte berücksichtigen. Das digitale Zeitalter hat weltweit Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen, aber auch zum Abbau von Arbeitnehmerrechten geführt, die durch Blut und Schweiß der Arbeiterschaft weltweit gewonnen wurden, oft nach Jahrzehnten des Kampfes um faire Entschädigung und Löhne, faire Arbeitsbedingungen und andere damit verbundene Fragen. Im Namen der so genannten "Gig Economy" nutzen Technologieunternehmen weiterhin die Massen aus, während sie Reichtum und Ruhm anhäufen.

Beschäftigte in der Gig Economy, z.B. Bolt- oder Uber-Fahrer oder junge Menschen in Kenia, die schädliche Inhalte auf ChatGPT kennzeichnen, arbeiten mehr als 12 Stunden täglich. Sie können sich nicht ohne Konsequenzen frei äußern, gewerkschaftlich handeln oder über Löhne verhandeln, weil die Tech-Unternehmen in San Francisco oder den europäischen Hauptstädten nicht an Arbeitnehmerrechte glauben. Dies muss sich ändern, und die deutsche Digitalpolitik hat die Möglichkeit, das Leben von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der "Gig Economy" weltweit zu beeinflussen. Deutschlands Digitalpolitik darf sich nicht nur auf die eine Hälfte der Geschichte des digitalen Ökosystems beschränken, sondern muss auch die sozioökonomischen Rechte berücksichtigen. Dieser Ansatz und dieser Fokus sind nicht nur einzigartig, sondern können sich auch auf Millionen von Online-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der ganzen Welt auswirken.

Im Geist der Zusammenarbeit sollte die neue Digitalpolitik Deutschlands zum Ziel haben, seine beispielhaften Erfahrungen bei der Regulierung von Big Tech mit anderen Ländern zu teilen, die ihre Regulierungsbehörden oder Regulierungsrahmenbedingungen noch stärken müssen. Die Regulierung von Technologie in Deutschland ist im Vergleich zu vielen Ländern innerhalb der Globalen Mehrheit (d. h. dem Globalen Süden) um Lichtjahre voraus. Viele Länder könnten von den praktischen Erfahrungen Deutschlands im Hinblick auf die Regulierung von Taxiruf-Apps („Ride-Hailing Apps“) wie Uber und Gesetze für Content-Moderation wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) profitieren. So kann Deutschland beispielsweise mit seiner Digitalpolitik mit Verkehrsgewerkschaften und den zuständigen staatlichen Stellen zusammenarbeiten, um Know-how bei der Regulierung von

Ride-Hailing-Apps auszutauschen. Durch die gleiche Politik könnte Deutschland Ländern wie Myanmar, Indien, Äthiopien und vielen Orten, an denen Gemeinschaften aufgrund von Hetzreden im Internet in Aufruhr sind, ermöglichen, das richtige Gleichgewicht zwischen der Regulierung von Hassreden und dem Schutz der Meinungsfreiheit zu finden. Diese praktische Expertise richtet sich an ein gemeinsames Interesse und fördert die themen- und staatenübergreifende Zusammenarbeit. Gleichzeitig könnte sich Deutschland anpassen und aus den Erfahrungen anderer Nationen lernen.

Deutschlands Digitalpolitik sollte danach streben, ein faires und gleichberechtigtes digitales Ökosystem aufzubauen, das zu einer regenerativen Wirtschaft und Kreislaufwirtschaft beiträgt. Die deutsche Digitalpolitik sollte den aktuellen Stand des digitalen Ökosystems kritisch prüfen. Zurzeit sieht es so aus, dass große Tech-Unternehmen und ihre räuberischen Geschäftsmodelle das digitale Ökosystem gekapert haben. Mithilfe ihrer Weltanschauungen versuchen sie, Verfassungen umzuschreiben und Grundrechte wie das Recht auf Privatsphäre ohne demokratisches Mandat neu zu definieren. Ebenso wichtig ist, dass diese Technologieunternehmen die Deutungshoheit über den Begriff „digitale Wirtschaft“ haben, und ihr räuberisches Geschäftsmodell wird weiterhin menschliche und natürliche Ressourcen ausnutzen. Deshalb sollte Deutschland im Rahmen seiner Digitalpolitik überlegen, wie Staaten den großen Tech-Unternehmen diese Macht wieder entziehen und den Kurs der digitalen Wirtschaft in Richtung einer fairen, gleichberechtigten und regenerativen Wirtschaft neu definieren könnten.

2. Inwiefern beeinflusst eine zunehmend multipolare Weltordnung die Arbeit der traditionellen Institutionen in der Internet Governance und welche Folgen hat das für das offene und freie Netz und den Zugang dazu oder den Schutz der Menschenrechte und der Kommunikationsfreiheiten? Inwiefern wird auch mit unlauteren Methoden versucht, die internationale Normierungs- und Standardisierungsgremien geopolitisch unterwandern, etwa zur technischen Durchsetzung bestimmter Wertvorstellungen oder zur Marktabschottung? Was sollte daraus für die deutsche und europäische Strategie internationaler Digitalpolitik folgen?

Konkurrierende staatliche Interessen spielen bei Internet-Governance und Normsetzungsgremien eine Rolle. In den letzten Jahren sind Institutionen wie die Internationale Fernmeldeunion zu Schlachtfeldern für Ideologien einzelner Staaten oder die Interessen privater Tech-Unternehmen geworden. Insbesondere der Sektor Technische Normung (ITU-T) der Internationalen Fernmeldeunion (ITU), dessen Arbeit es ermöglicht, Telekommunikations- und IKT-Infrastrukturen grenzüberschreitend miteinander zu verbinden, weist diese Merkmale auf. Im Gegensatz zu anderen Organisationen für die Entwicklung von Standards (SDO) ist insbesondere die ITU-T ein staatlich geführter Prozess und treibt unglücklicherweise die Agenda des Staates voran. Aufgrund des Mangels an konsensorientierten, partizipativen und die Interessen verschiedener Akteure berücksichtigenden Engagements im Gegensatz zu anderen SDO stellt die ITU einen Weg dar, auf dem Menschenrechte nur dann berücksichtigt werden, wenn sie Interessen bestimmter Staaten dienen. Zum Beispiel hatte die ITU Standards gebilligt, die es ermöglichen, Deep Packet Inspection Tools (DPI) zu installieren, was letztendlich die Privatsphäre von Telekommunikationsnutzerinnen und -nutzern weltweit untergräbt. In jüngerer Zeit schlugen einige Unternehmen wie Huawei und andere vor, das Internet mithilfe der ITU-T zu restrukturieren, um eine Kontrolle der globalen Internet-Infrastruktur von oben nach unten (top-down) zu ermöglichen. Diese Initiative, die gemeinhin als „New IP“-Initiative bezeichnet wird, würde die derzeitige dezentrale Struktur untergraben und einen zentral gesteuerten Ansatz von oben nach unten ermöglichen, der bei Bedarf leicht zu steuern und abzuschalten wäre.

Daher sollte die Digitalpolitik Deutschlands und der EU über ihre Vertretungen bei der ITU und an anderen Orten in die entsprechende Expertise investieren, damit Protokolle, Standards und Politiken angemessen diskutiert werden. Darüber hinaus sollten im Rahmen der Digitalpolitik aus Deutschland

und der EU mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Vertretungen aus der Zivilgesellschaft in diese Räume einbezogen werden.

3. Könnten und sollten digitalpolitische Überlegungen bei den handelspolitischen Entscheidungen und Initiativen der Bundesregierung und der Europäischen Union stärker einfließen, bspw. bei der Ausarbeitung von Handelsabkommen – falls ja, in welcher Form?

Je nach Kontext und Art der Handelsabkommen sollten digitalpolitische Überlegungen umgesetzt werden. Diese Überlegungen sollten, wenn sie sich auf das digitale Leben von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen oder Ökosystemen auswirken, Maßnahmen wie den Datenschutz und den Schutz der Datenübermittlung zwischen den Handelsparteien in Betracht ziehen und gegebenenfalls Möglichkeiten für die Handelsparteien einschließen, digitale Strategien und Überlegungen zu entwickeln, die zum Schutz der von digitalen Technologien betroffenen Rechte beitragen.

4. In der Vergangenheit wurde vielfach gefordert, die EU solle bei der Regulierung ihres digitalen Ökosystems einen „dritten Weg“ verfolgen – in bewusster Abgrenzung zu chinesischem Techno-Autoritarismus und US-Digitalwirtschaft. Betrachten sie diesen Ansatz, in Anbetracht der Zeitenwende und mit ihr einhergehenden Aufforderungen zur stärkeren digitalpolitischen Zusammenarbeit und Verflechtung mit den USA und anderen liberal-demokratischen Partnern, als überholt?

Der Ansatz der EU für die Regulierung des digitalen Ökosystems ist nach wie vor relevant und sollte gestärkt und gefördert werden. Das Narrativ "China gegen die Vereinigten Staaten" hat mit Blick auf die digitale Wirtschaft die Entwicklung des digitalen Ökosystems beeinträchtigt. Dies ist im Telekommunikationssektor bemerkenswert. Die EU ist die einzige Stelle, die Technologieunternehmen angemessen reguliert und bemerkenswert großen Einfluss auf den Schutz von Grundrechten wie Privatsphäre und Meinungsfreiheit hat. Zum Beispiel sind die DSGVO und andere ähnliche EU-Verordnungen das Emblem der Datenschutzregulierung und haben weltweit wichtige Präzedenzfälle geschaffen.

Während die Zusammenarbeit und Integration mit den USA für die geopolitischen Realitäten der EU von entscheidender Bedeutung sein könnte, sollte dies die Arbeit der EU bei der Regulierung des digitalen Ökosystems, insbesondere Technologieunternehmen, nicht beeinträchtigen. Geopolitik und Interessen werden sich verändern, und aktuelle Feinde könnten zukünftige Freunde werden. Was sich jedoch nicht ändert, ist die zunehmende Notwendigkeit, das digitale Ökosystem von Tech-Mogulen und Tyrannen zu regulieren, die mit ein oder zwei Klicks in San Francisco versuchen, die Realität von Millionen von Menschen zu verändern. Die EU ist derzeit der einzige regionale Block, der bereit und in der Lage ist, die unfaire und undemokratische Macht der Technologiekonzerne zu zähmen. Dieser „dritte Weg“ ist der einzige Weg zu einem gerechten und fairen digitalen Ökosystem.

5. Wie kann eine demokratische Internet Governance langfristig gesichert werden? Welche Rolle spielen dabei bestehende Formate wie der IGF, der geplante Global Digital Compact und transnationale Organisationen wie ICANN (insbesondere mit Blick auf den multi-stakeholder-Ansatz und die Einbindung der Zivilgesellschaft)?

Zwei praktische Dinge können eine demokratische und partizipative Steuerung der Internet-Governance gewährleisten:

- Multilaterale Gremien, z.B. die multilateralen Institutionen, sollten keine ähnlichen Einrichtungen schaffen, die miteinander um dieselben Themen konkurrieren und die Finanzierung und Aufmerksamkeit auf kritische digitale Rechte und politische Fragen aufsplitten, wodurch es für Staaten und zivilgesellschaftliche Organisationen der

Zivilgesellschaft kostspielig wird, alle Fragen der Digitalpolitik an allen Orten zu verfolgen, an denen das Thema erörtert wird.

- Die Staaten sollten die vielfältige Beteiligung der Zivilgesellschaft innerhalb des IGF und anderer Einrichtungen fördern und in diese investieren, um eine demokratische und partizipative Internet-Governance an den verschiedenen Orten, an denen über Digitalpolitik gesprochen wird, zu gewährleisten. Zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich für die Integrität und den partizipativen und demokratischen Charakter des digitalen Ökosystems ein; daher ist ihre zielführende Beteiligung von entscheidender Bedeutung.

6. Was sollte Deutschland bei der Gestaltung seiner internationalen Digitalpolitik mit Blick auf die internationale Auswirkung von nationalen Gesetzen auf Machtverhältnisse, neue Abhängigkeiten, globale Gerechtigkeit und Deutschlands koloniales Erbe kritisch hinterfragen?

Deutschlands internationale Digitalpolitik sollte in der Vergangenheit verursachte Schäden, die durch rassistische und sexistische Wissenschaft und Technologie verursacht wurden, nicht ignorieren. Natürlich ist diese Geschichte kritisch, aber es ist genauso entscheidend zu untersuchen, wie sich diese historischen Ungerechtigkeiten heute durch verschiedene Formen der Neokolonisierung oder andere moderne Formen der Unterdrückung manifestieren. So perpetuieren große Sprachmodelle, die häufig die globale Mehrheit der Sprachen ignorieren, die extreme Diskriminierung der Schwächsten. Dank seiner Geschichte ist sich Deutschland der Auswirkungen der Entfremdung von Gemeinschaften und der Missachtung der Identität und Kultur anderer Menschen auf die Menschheit bewusst. Deshalb sollte Deutschland durch den Geist der Brüderlichkeit und Zusammenarbeit für Standards rund um neue Technologien eintreten, damit Tech-Unternehmen Kulturen und Gemeinschaften nicht auslöschen. Darüber hinaus ist die Neokolonisierung durch Arbeit in der "Gig Economy", in deren Rahmen Tech-Unternehmen ohne angemessene Vergütung oder geeignete Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einnahmen erzielen, in vielen Ländern weit verbreitet. Dies gilt als moderne Sklaverei, wobei im Online-Bereich tätige Arbeiterinnen und Arbeiter in vielen Teilen Afrikas und Asiens viele Stunden arbeiten, ohne genug Geld zu verdienen, um ihre Familien ernähren zu können. Gleichzeitig wachsen Tech-Unternehmen durch die Früchte ihrer Arbeit. Wenn die Regulierung dieser Tech-Unternehmen außerhalb des Einflussbereichs Deutschlands liegt, sollte Deutschland bestrebt sein, Länder zu unterstützen, die diese Probleme regulieren.

7. Wie werden digitalpolitische Instrumente derzeit von Staaten als Mittel der Unterdrückung missbraucht (z.B. Internet Shutdowns), welche Entwicklung beobachten wir in diesem Zusammenhang und wie können und sollten die EU und Deutschland effektiv dagegen vorgehen?

Länder auf der ganzen Welt nutzen Gesetze und Richtlinien, um das Internet zu zensieren, zum Schweigen zu bringen und abzuschalten. Undemokratische Länder haben Internet-Abschaltungen verwendet, um Proteste zu unterdrücken, Wahlen zu verfälschen und wichtige politische Bewegungen innerhalb von Ländern ins Unsichtbare zu verdrängen. Das sind alarmierende Trends. Auf der anderen Seite haben wir gesehen, dass anscheinend demokratische Regierungen wie Senegal, die Vereinigten Staaten und andere versucht haben, das Internet zu sperren oder Apps zu blockieren. Zum Beispiel hat Senegal Internetzugänge abgeschaltet und bewiesen, dass demokratische Regierungen auch das Internet abschalten können, wenn es ihren Zwecken dient. In den USA hat der Versuch der früheren Regierung, TikTok zu blockieren und dafür zweifelhafte Begründungen mit Bezug auf die nationale Sicherheit anzuführen, auch gezeigt, dass Internet-Abschaltungen oder eine schlechte Digitalpolitik nicht nur Instrumente undemokratischer Staaten sind, sondern aller Regierungen, die Böses im Schilde führen. Wir haben auch gesehen, wie Social-Media-Unternehmen wie Facebook gegenüber der US-Regierung Lobbyarbeit leisteten, um TikTok in den USA zu verbieten.

Deshalb sollten Deutschland und die EU weiterhin für die Dezentralisierung des Internets kämpfen, damit eine Regierung oder ein Unternehmen nicht die Macht hat, es abzuschalten oder sich dafür einzusetzen, dass Apps aus Wettbewerbsgründen blockiert werden. Die Unterstützung und Diversifizierung von Quellen für Internetverbindungen und die Wahrung partizipativer demokratischer Grundsätze bei der Entwicklung digitalpolitischer Instrumente sind kritische und praktische Maßnahmen im Hinblick auf Veränderungen.

8. Welche politischen Querschnittsfelder sind bei der Erarbeitung einer Strategie für internationale Digitalpolitik von Seiten der Bundesregierung zu beachten?

Die internationale Digitalpolitik konzentriert sich oft nur auf die Menschenrechte. Wir haben jedoch in den letzten Jahren erlebt, dass die "Gig Economy" und die digitale Wirtschaft die sozioökonomischen Rechte in vielen Ländern erheblich einschränken. Daher ist die Bundesregierung aufgefordert, bereichsübergreifende sozioökonomische Fragestellungen zu berücksichtigen, die für die digitale Wirtschaft relevant sind. Insbesondere bei der Betrachtung von politischen Maßnahmen im Bereich der KI sollte die Bundesregierung die Lieferketten dieser Technologie berücksichtigen; dies beinhaltet auch die prekären Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die die Daten trainieren, kennzeichnen und erweitern, um sie nutzbar zu machen. Bei der Betrachtung spezifischer Hardware sollte die Bundesregierung darüber nachdenken, wie die Rohstoffe gewonnen wurden und ob sich das Leben der Menschen, die in unmittelbarer Nähe dieser Rohstoffe lebten, verändert hat oder gleichgeblieben ist. Gleiches gilt es für die Umwelt zu berücksichtigen.

9. Wie bewerten die Sachverständigen das technologische Knowhow der Länder Afrikas im Digitalbereich, z. B. zu den Themen IT-Sicherheit oder KI-Anwendungen, und käme ein stärkerer Austausch zu diesen Themen in der Regel nicht eher einem einseitigen Technologieabfluss aus Deutschland gleich?

Historisch und in einigen Kontexten auch aktuell hat sich Europa mithilfe von Zwangsarbeit und Rohstoffen aus Afrika und anderen Orten entwickelt. Dieses einseitige und ausbeuterische Verhältnis sollte sich weiter verändern. Wenn der derzeitige Austausch mit Afrika in einem ganzheitlichen und kollaborativen Rahmen stattfindet, würde dieser nicht zu einem einseitigen Abfluss von für Technologie benötigten Rohstoffen führen.

Regierungen und die Privatwirtschaft in afrikanischen Ländern vergrößern ihren digitalen Fußabdruck. Deutschland sollte diese Bemühungen auch weiterhin unterstützen. Das technologische Know-how Afrikas in den Bereichen IT-Sicherheit und KI-Anwendungen entwickelt sich rasant. So setzen die Regierungen in Kenia, Ghana, Südafrika, Äthiopien, Ruanda, Ägypten, Mauritius und Nigeria prioritär auf technologische Innovationen. Sie unternehmen Schritte, um Innovationen zu fördern, die Datensicherheit zu verbessern und in Forschung und Entwicklung zu investieren. Diese Bemühungen führen zu ersten Erfolgen bei der Einführung von KI und sind attraktiv für globale Unternehmensinvestitionen. Darüber hinaus haben Afrikas junge Bevölkerung und die Ambitionen der afrikanischen Staaten das Potenzial, Afrika als globale technologische Drehscheibe zu etablieren, wobei KI und andere aufkommende Technologien eine entscheidende Rolle bei der Transformation von Volkswirtschaften und der Förderung von Wachstum und Strukturwandel spielen.

Deutschland sollte Zusammenarbeit, Wissensaustausch und für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften fördern und es beiden Parteien ermöglichen, das Know-how und die Ressourcen des jeweils anderen für den technologischen Fortschritt zu nutzen.

10. Wie könnte eine internationale Digitalpolitik von Deutschland dazu beitragen, dem Ziel einer gerechten sowie inklusiven globalen digitalen Transformation näher zu kommen und dafür auch globale Kooperationen auf der Basis von Augenhöhe und Offenheit (z.B. digitale Commons) zu

*stärken, mehr Vielfalt bei Innovationsprozessen und der Herstellung von Technologie zu erreichen und welche Rolle könnte dabei insbesondere die Unterstützung offener und nachhaltiger technologischer Lösungen spielen, einschließlich solcher, die z.B. durch Graswurzel-Innovator*innen im globalen Süden entstehen?*

Deutschlands internationale Digitalpolitik könnte wesentlich zu einer fairen und inklusiven globalen digitalen Transformation beitragen. Beispiele:

- Deutschland kann durch die Unterstützung gemeinsamer digitaler Initiativen wie FeminsitAI, indigener KI und anderer ähnlicher Initiativen mehr Graswurzel-Initiativen und gemeinschaftliche Initiativen fördern, die Technologie entwickeln und einsetzen.
- Deutschland kann zu einem inklusiven digitalen Ökosystem beitragen, indem es freie und Open-Source-Gemeinschaften bei der Entwicklung neuer Technologien wie KI und andere unterstützt.
- Deutschland kann Nachhaltigkeit und Ethik in der Technologie fördern, indem es Initiativen und Gruppen unterstützt, die Technologien entwickeln, die der regenerativen Wirtschaft und der Kreislaufwirtschaft dienen.

11. Welche Themen müsste eine internationale Digitalpolitik abdecken, um die wichtigsten Aspekte im Verhältnis von Globaler Norden und Globaler Süden mit Blick auf gerechte sowie inklusive globale digitale Transformation zu adressieren und jeweils (kurz) warum (z.B. Rohstoffförderung und deren Folgen, Marktkonzentrationen, Repräsentation in Daten und Inhalten, Normen/Standards/Governance, digitale Commons, Plattformarbeit, Teilhabe und Zugang zu Bildung/Innovationsprozessen/Connectivity, etc.)?

Eine internationale Digitalpolitik sollte sozioökonomische und politische Rechte umfassen, insbesondere in den Gesprächen zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden.

- Marktkonzentration – Die Unterstützung des Wettbewerbs und Verhinderung monopolistischer Praktiken ist unerlässlich, um ein vielfältiges und barrierefreies digitales Ökosystem zu fördern. Die meisten Tech-Unternehmen sind auf Nordamerika und Europa konzentriert und ignorieren oft die Bedürfnisse der globalen Mehrheit. Dies hat verheerende Folgen, wie die Praktiken von Facebook in Myanmar, die zwielichtigen Arbeitspraktiken von Uber und Blot in Kenia, Nigeria und Südafrika sowie die Ausbeutung junger, im Online-Bereich tätiger Arbeiterinnen und Arbeiter durch ChatGPT in der globalen Mehrheit zeigen.
- Repräsentation in Daten und Inhalten – Die Sicherstellung einer vielfältigen kulturellen und sprachlichen Repräsentation in digitalen Inhalten und Daten ist unerlässlich, um marginalisierten Gemeinschaften mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten zu geben.
- Normen/Standards/Governance – Die Festlegung internationaler Normen und Standards für die digitale Governance muss faire Regeln gewährleisten, die die Interessen der Länder des globalen Nordens und der globalen Mehrheit austarieren.
- Plattformarbeit – Um Ausbeutung zu vermeiden und wirtschaftliche Inklusivität zu fördern, insbesondere in den Ländern der globalen Mehrheit, ist es wichtig, faire Arbeitspraktiken und Arbeitnehmerrechte in der digitalen „Gig Economy“ zu gewährleisten.
- Teilhabe und Zugang zu Bildung/Innovationsprozessen/Konnektivität – Digitale Bildung, Innovation und Konnektivität müssen eine größere Reichweite haben, um die globale Mehrheit zur Teilnahme an der digitalen Wirtschaft zu befähigen.
- Entwicklung digitaler Infrastrukturen – Investitionen in offene und frei zugängliche digitale Infrastrukturen, darunter auch die für den Einsatz von KI-Modellen und anderen grundlegenden Infrastrukturen wie Konnektivität erforderliche Infrastruktur, sind entscheidend für die Überwindung der technologischen und digitalen Kluft.

###